

# BREMISCHE BÜRGERSCHAFT BEHINDERTER MENSCHEN



LANDTAG  
23. WAHLPERIODE

DRUCKSACHE 23 / 04  
28. NOVEMBER 2017

**Thema: Inklusion für Menschen mit psychosozialen Gesundheitsproblemen .  
verbessern!**

**Beschlussvorschlag der Fraktion „EXPA - Menschen mit psychosozialen  
Gesundheitsproblemen“**

## ***Die Bürgerschaft behinderter Menschen stellt fest:***

Inklusion von behinderten Menschen und Menschen mit psychosozialen Gesundheitsproblemen muss konsequent weiter vorangetrieben werden. Die Gesundheitssituation für Menschen mit psychosozialen Gesundheitsproblemen in Bremen und Bremerhaven zu verbessern, kommt allen hier wohnenden Bürger\*innen zugute! Es gibt bereits sehr viele intensive Arbeitskreise, vor allem vom Referat für Gesundheit, und vorwärts gewandte Konzepte und Modellprojekte. Dennoch hat in Bremen ein Mensch, der sich von einem Psychiater helfen lassen möchte, mit drei Monaten Wartezeit zu rechnen. In Bremerhaven-Reinkenheide hat sich das Klima auf der Station mit den dort inzwischen zehn fest eingestellten Genesungsbegleiter\*innen mit EX-IN-Ausbildung deutlich verbessert! Es mangelt jedoch weiterhin an Fortbildung für Professionelle, insbesondere für diejenigen, die Menschen in Krisen nicht regelmäßig begleiten und folglich im Umgang ungeübt sind. Alle acht Tage wird in Deutschland auf eine psychisch überforderte Person geschossen (Zeit online, 10. März 2016). Feuerwehrleute und Polizisten sind zum Schutz der Bevölkerung da, auch für verwirrte Menschen. Schnelle und effiziente Hilfe und empathischer psychischer Beistand mit möglichst wenig Zwangsmaßnahmen verhindern Chronifizierungen und immense soziale Folgekosten.

## ***Die 23. Bürgerschaft behinderter Menschen fordert den Senat und die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft auf:***

Die Bremische Bürgerschaft soll sich an der Umsetzung der folgenden Forderungen Menschen mit psychosozialen Gesundheitsproblemen auf allen Ebenen zu beteiligen! Die notwendigen Schritte für die konsequente Umsetzung der Inklusion sind gesetzlich zu verankern. Dazu gehören:

- Bessere Koordination/Absprachen/Netzwerken zwischen Therapeut\*innen und anderen Behandler\*innen durch finanzielle und logistische Unterstützung ermöglichen!
- Weiterer konsequenter Ausbau der ambulanten Versorgung! Behandlung zuhause hilft meist besser als in der Psychiatrie und kostet schon in der Behandlungsphase nicht mehr als stationäre Behandlung!

- Mehr Psychiater\*innen pro Bezirk entsprechend dem Anstieg der psychiatrischen Erkrankungen ermöglichen! Barrierefreiheit für Mehrfachbehinderte gewährleisten. Wartezeit auf Erst- oder Folgetermine reduzieren! Recht auf freie Arztwahl fördern!
- Gesetzlich festschreiben: Feste Einstellung von mehr ausgebildeten Genesungsbegleiter\*innen in psychiatrischen Stationen und im psychosozialen Versorgungsnetz! Die sehr guten Erfahrungen in Bremerhaven-Reinkenheide auf andere Bremer Kliniken übertragen!
- Gelder für 10 angestellte Genesungsbegleiter\*innen für drei Jahre für Öffentlichkeitsarbeit als Inklusionsfördernde Brückenbauer\*innen bei der Senatorin für Gesundheit, Wissenschaft und Verbraucherschutz! Folgendem Vorbild folgen: Im Bremer Westen werden Menschen zu Multiplikator\*innen im Stadtteil für Interkulturelles Lernen ausgebildet (Weser-Report, Oktober 2017).
- Wiedereinrichtung eines Krisendienstes in den Nächten für ganz Bremen! Den Namen „Krisendienst“ beibehalten! Einen Notfallwagen speziell für Menschen in Krisen einrichten, damit sie vor Nachbar\*innen nicht kriminell wirken! Gezielte Fortbildung von Polizei und Feuerwehr durch Genesungsbegleiter\*innen als Dozent\*innen! Nur Beinschüsse als Notwehr in bedrohlich empfundenen Situationen! Als Idee zum Krisendienst für Menschen mit psychischen Problemen: Einbindung von Psychotherapeut\*innen und Psychiater\*innen in den Medizinischen Notfalldienst!
- Maßnahmen zur (Wieder)-Eingliederung weiterentwickeln! Vor allem besondere, geschützte Arbeitsverhältnisse in verständnisvollem Klima werden benötigt. Genesungsbegleiter\*innen oder andere speziell geschulte Fachkräfte können auch hier am Arbeitsplatz vermitteln und für Verständnis sorgen. Was derzeit fehlt, sind deutliche finanzielle Anreize, weniger Anrechnung des Einkommens bei Grundsicherung, ALG2 und anderen Transferleistungen (Leistung muss sich wieder lohnen!). Wie Forschungen zeigen, fehlt Menschen in Heimen oder betreutem Wohnen häufig der Mut und der Anreiz für den Einstieg in Erwerbsarbeit. Sie haben sich in oft vielen Jahren auf ihr eingeschränktes Leben eingerichtet.
- Um schwerere psychische Krisen bereits im Voraus zu verhindern bzw. um ihnen Erwerbsarbeit überhaupt zu ermöglichen, sollen Menschen mit häufig schwankender Leistungsfähigkeit frühzeitig einen Schutzstatus erhalten, ähnlich dem von Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen (Zuverdienst).

Setzen Sie sich dafür ein, dass der „Schwerbehindertenausweis“ in „Teilhabepass“ umbenannt wird.

*Für die Fraktion EXPA: Abgeordnete(r) Heike Oldenburg/Gerlinde Tobias*

**Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 31.03.2018 an den AK-Protest erbeten.**